Straßburg kritisiert Manila

Politisch motivierte Morde gehören unter der Arroyo-Regierung zum philippinischen Alltag – das verurteilt nunmehr auch das Europäische Parlament.

Von Rainer Werning

Annähernd 850 außergerichtliche Hinrichtungen und über 180 gewaltsame Verschleppungen fanden seit dem Amtsantritt von Präsidentin Gloria Macapagal-Arroyo Ende Januar 2001 in dem südostasiatischen Inselstaat statt. Die meisten Opfer – Mitglieder von Oppositionsparteien, Kirchenleute, Bauern- und Arbeiterführer; Journalisten, Anwälte, Menschenrechtler, Gewerkschaftler oder auch nur Zeugen solcher Morde – wurden von Regierungsvertretern und Militärs beschuldigt, der Kommunistischen Partei oder ihres bewaffneten Arms, der Neuen Volksarmee, anzugehören beziehungsweise „Terroristen“ gewesen zu sein. Gegen diese desolate Menschen- und Bürgerrechtssituation im Lande wandte sich am 26. April 2007 nunmehr auch das Europäische Parlament in Straßburg mit seiner einstimmigen Entschließung. Offensichtlich geschah dieses Votum in Reaktion auf lauter werdende Kritiken im In- wie Ausland gegen die Arroyo-Administration. Ende März 2007 befand das Ständige Tribunal der Völker auf seiner 2. Sitzung über die Philippinen (die erste fand 1980 in Antwerpen statt) im niederländischen Den Haag die Regierungen in Manila und Washington der oben genannten Verbrechen für schuldig. Bereits Wochen und Monate zuvor hatten deshalb Menschen- und Bürgerrechtsorganisationen wie amnesty international, Human Rights Watch, die in Hongkong beheimatete Asian Human Rights Commission und selbst UN-Sonderberichterstatter die Regierung – insbesondere die „Sicherheitskräfte“ – der Philippinen angeprangert.

Lange Zeit hatte man im Ausland die Lage in den Philippinen nicht zur Kenntnis genommen, da man davon ausging, dass Frau Arroyo eine demokratisch legitimierte Präsidentin sei. Zwar hatte diese im Mai 2004 die Präsidentschaftswahl gewonnen und sich somit eine Amtszeit bis 2010 gesichert. Doch als bekannt wurde, wie massiv diese Wahl zugunsten der Präsidentin manipuliert und Wahlergebnisse in großem Stil gefälscht worden waren, geriet Frau Arroyo politisch arg unter Druck. Zwei Amtsenthebungsverfahren konnte sie nur überstehen, weil sie im Kongress noch über eine Mehrheit verfügt. (Am 14. Mai 2007 fanden im Land Kongress- und Kommunalwahlen statt.) Um sich und ihre Klientel abzusichern, setzte sie seitdem verstärkt auf das Militär und drakonische Gesetze, um sich auf diese Weise Widerstand und Opposition vom Halse zu schaffen. Das vorläufig letzte Glied in dieser Kette von Repressionsmaßnahmen ist das Anfang März 2007 beschönigend genannte „Gesetz über die Sicherheit von Personen“ ("Human Security Act of 2007"), das Mitte Juli 2007 in Kraft tritt. Demnach werden Festnahmen ohne Haftbefehl und eine willkürliche Inhaftierung von bis zu drei Tagen ermöglicht und es kann das Vermögen von Verdächtigten beschlagnahmt werden. Ein Persilschein für die „Sicherheitskräfte“, kritisieren engagierte Menschenrechtler im Lande, und sie sprechen bereits von einer „Todesschwadronendemokratie“.

Nachdem Phillip Alston, UN-Sonderberichterstatter für Hinrichtungen ohne Gerichtsverfahren und willkürliche Exekutionen, sowie Martin Scheinin, UN-Sonderberichterstatter zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte und

Grundfreiheiten, im Rahmen der Terrorismusbekämpfung Mitte Februar beziehungsweise Mitte März 2007 die philippinische Regierung aufforderten, die Straffreiheit der meist paramilitärischen Täter aufzuheben und angemessenen Zeugenschutz zu garantieren, hat Manila nichts dergleichen unternommen. Die Regierung beansprucht für sich das Recht, jederzeit gegen „Terroristen“ vorzugehen, und sieht sich damit Schulter an Schulter mit der Bush-Administration. Nicht nur diese Politik kritisierte das Europäische Parlament in seiner Entschließung vom 26. April 2007. Es verurteilte überdies scharf die Ermordung von Siche Bustamante-Gandinao, einer engagierten Menschenrechtlerin, die nur wenige Tage nach ihrer Aussage gegenüber Phillip Alston ermordet wurde. Außerdem fordert das Europäische Parlament in seiner Entschließung die Regierung der Philippinen auf, „die Sicherheit derjenigen zu gewährleisten, die im Rahmen des Programms für eine umfassende Agrarreform (CARP) eine Neuordnung von Grund und Boden beantragen, und die Umsetzung des Landreformprogramms zu beschleunigen, um eine der wesentlichen Ursachen der politischen Gewalt einzudämmen.“ #